

Große Anfrage

Fraktion der AfD

Maßnahmen und Ergebnisse der Tätigkeit der Landesregierung bezüglich der Eindämmung und Überwindung der COVID-19-Krise und der Auswertung getroffener Entscheidungen während und nach der COVID-19-Pandemie in Niedersachsen

Anfrage der Fraktion der AfD an die Landesregierung, eingegangen am 27.12.2024

Die COVID-19-Krise und die daraus resultierenden Maßnahmen waren ein extremes Ereignis, welches weltweit seine Spuren hinterlassen hat. Sie haben zu erheblichen gesellschaftlichen Auswirkungen und zu einer tiefgreifenden Belastung der Wirtschaft geführt. Auch in Niedersachsen werden die Folgen dieser Pandemie die Menschen in vielfältiger Hinsicht noch lange begleiten.

Um vergleichbare Szenarien in der Zukunft besser zu bewältigen oder gar nicht erst entstehen zu lassen und das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen zu stärken, ist es nach Auffassung von Beobachtern erforderlich, alle Vorgänge während der Corona-Krise genauestens zu untersuchen und Schlussfolgerungen zu ziehen sowie konkrete Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen.

Dabei gehe es auch darum, zu analysieren, wie bis zum heutigen Zeitpunkt die Empfehlungen des „Sonderausschusses zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und - daraus schlussfolgernd - zur Vorbereitung auf künftige pandemiebedingte Gesundheits- und Wirtschaftskrisen“ durch die Landesregierung und ihre Institutionen ausgewertet, berücksichtigt und umgesetzt wurden.

I. Maßnahmen der Landesregierung zur objektiven Beurteilung der Corona-Situation im Verlauf der COVID-19-Krise sowie deren Umsetzung und Wirksamkeit

1. In welcher Form und mit welchen Maßnahmen stellte die Landesregierung während der COVID-19-Krise sicher, dass sie stets in der Lage war, eine objektive Lagebeurteilung (entsprechend der jeweiligen wissenschaftlichen Erkenntnislage) vorzunehmen und entsprechende Maßnahmen ableiten zu können?
2. Wie oft fanden in der Landesregierung Maßnahmen zur Evaluierung der Corona-Lage in Niedersachsen und der Wirksamkeit getroffener Maßnahmen statt (bitte aufschlüsseln für die Jahre 2020 bis 2023 nach Datum, Thema und beteiligtem Personenkreis)?
3. Nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl der Teilnehmer und wissenschaftlichen Berater an diesen Maßnahmen?
4. Welche konkreten Erkenntnisse zur Einschätzung der Corona-Lage in Niedersachsen und erforderlicher Maßnahmen wie Schulschließungen, Maskenpflicht u. a. lagen der Landesregierung zum Zeitpunkt der jeweiligen Verordnungsbestimmung vor (bitte konkret nach Bezeichnung der Verordnungen, Namen, Positionen der Absender und Empfänger, Datum und wesentlichem Inhalt der jeweiligen Dokumente aufschlüsseln)?
5. Wann hat die Landesregierung COVID-19 als allgemeine Gefahrenlage für die Bevölkerung eingestuft (bitte konkret angeben, wann, durch wen [Name, Institution] und auf Grundlage welcher Dokumente die Einstufung vorgenommen wurde)?
6. In welcher Form hat in den Jahren 2020 bis 2023 eine Zusammenarbeit mit dem Robert Koch-Institut (RKI) stattgefunden?
7. Welche Mitarbeiter des RKI nahmen an Maßnahmen der Landesregierung zur Evaluierung der Corona-Situation in Niedersachsen teil (bitte aufschlüsseln nach Datum, Thema und Namen der Teilnehmer des RKI für die Jahre 2020 bis 2023)?

8. An welchen Maßnahmen des RKI zur Evaluierung der Corona-Situation nahmen Vertreter der Landesregierung teil (bitte aufschlüsseln nach Datum, Thema und Namen der Vertreter der Niedersächsischen Landesregierung für die Jahre 2020 bis 2023)?
9. An welchen Maßnahmen der Bundesregierung zur Evaluierung der Corona-Situation nahmen Vertreter der Landesregierung teil (bitte aufschlüsseln nach Datum, Thema und Namen der Vertreter der Niedersächsischen Landesregierung für die Jahre 2020 bis 2023)?
10. Welche Ersuchen hat die Landesregierung zur Amtshilfe bezüglich der Maßnahmen zur Überwachung und Bekämpfung von COVID gestellt (bitte Anzahl und Inhalt der Ersuchen angeben)?
11. In der Plenarsitzung am 18. April 2024 führte Ministerpräsident Weil aus: „Weder wir noch die Wissenschaft wussten es besser. Das war das, was man damals füglichweise von der Politik erwarten konnte und was wir, glaube ich, wirklich alle miteinander sehr redlich versucht haben, nämlich sämtliche Erkenntnisquellen zu nutzen und es so richtig wie möglich zu machen.“¹ Stützte sich die Landesregierung in ihrer Lagebeurteilung nur auf offizielle Mitteilungen des RKI, EMA, Bundesministeriums für Gesundheit u. Ä., oder wurden auch alternative Quellen/Meinungen zu Fragen wie der Wirksamkeit der Maskenpflicht und Verhinderung der Übertragung des COVID-19-Virus durch Impfung in die Beurteilung einbezogen?
12. Welche alternativen Erkenntnisse/Standpunkte wurden gegebenenfalls in die Beurteilung der Lage und bei der Festlegung notwendiger Maßnahmen einbezogen? Welche wurden verworfen und warum?
13. Welche Gesamtkosten sind der Landesregierung für die wissenschaftliche Beratung entstanden (bitte aufschlüsseln für die Jahre 2020 bis 2023)?
14. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung zur Auswertung des Berichts des Sonderausschusses zur Corona-Pandemie vom 10. Januar 2022 ergriffen, und welche Ergebnisse wurden dadurch erzielt (bitte für die Jahre 2022 und 2023 aufschlüsseln nach Datum, Thema und Personenkreis)?
15. Inwieweit fanden aktuellere wissenschaftliche Erkenntnisse zum Verlauf der Pandemie sowie zur kritischen Beurteilung vorgenommener Pandemiemaßnahmen bei den Beratungen zum o. g. Bericht ihre Berücksichtigung?
16. Wie hoch waren die Kosten zur Erstellung des Berichts des Sonderausschusses vom 10. Januar 2022?
17. Welche Rolle spielte und welche Erkenntnisse erbrachte das vom Land unterstützte COVID-19-Forschungsprojekt (COFONI) im Rahmen des Corona-Sonderausschusses und in der darauffolgenden Zeit bis heute?
18. Wie hoch ist die bisherige finanzielle Unterstützung dieses Projektes?
19. Mit welchen weiteren Ressourcen (nicht monetär) wurde dieses Forschungsprojekt unterstützt?
20. Welche konkreten Ergebnisse wurden in diesem Forschungsprojekt bisher erreicht?
21. In seiner Antwort auf die Dringliche Anfrage der AfD-Fraktion vom 15. April 2024² führte Dr. Philippi in der Plenarsitzung am 18. April 2024³, Bezug nehmend auf umfangreiche Untersuchungsergebnisse des Bundes, u. a. aus: „Diese Ausarbeitungen sind sehr umfangreich, weshalb eine weitere kostenintensive Evaluation mit der Beauftragung eines externen qualifizierten Dienstleisters wie zum Beispiel eines Consultingbüros vom Land Niedersachsen derzeit nicht geplant ist. Vielmehr geht es nun darum, sich für kommende verschiedenste Krisenszenarien gut aufzustellen“. Ist es nach Ansicht der Landesregierung notwendig, neben der Berücksichtigung bundesweiter Schlussfolgerungen bei der Pandemiebekämpfung auch landesspezifische Erfahrungen einzubeziehen, um sich für die Zukunft gut aufzustellen?

¹ Stenografischer Bericht, S. 3033, 19. Wahlperiode, 38. Plenarsitzung am 18. April 2024

² Drucksache 19/4039

³ Stenografischer Bericht, S. 3031, 19. Wahlperiode, 38. Plenarsitzung am 18. April 2024

22. Welche landesspezifischen Erfahrungen wurden berücksichtigt?
23. In seiner Rede in der Plenarsitzung am 18. April 2024 hält Ministerpräsident Weil eine Reihe von Freiheitseinschränkungen „für wirklich sehr gut diskutabel“. An anderer Stelle führt er aus: „Ich sehe die Vorgehensweise bei einzelnen Sachverhalten differenziert und auch kritisch, insbesondere bei zunehmender Dauer der Pandemie.“⁴ Welche konkreten „Sachverhalte“ sieht die Landesregierung heute „differenziert und auch kritisch“?
24. Welche Freiheitseinschränkungen hält der Ministerpräsident heute für „sehr gut diskutabel“?
25. Es wurde ein Corona-Sondervermögen aufgelegt, aus welchem eine Vielzahl von Maßnahmen zur Unterstützung der Gesellschaft initiiert worden sind.⁵ Wie hoch war die finanzielle Ausstattung dieses Sondervermögens?
26. In welcher Höhe wurden die finanziellen Mittel nicht abgerufen?
27. Falls die zur Verfügung stehende Summe nicht vollständig abgerufen wurde: Welche Ursachen hat dies nach Ansicht der Landesregierung?
28. Welche konkreten Maßnahmen/Aktionsprogramme wurden mit diesem Sondervermögen finanziert?
29. Wie viele Teilnehmer/Personen wurden im Rahmen dieser Maßnahmen/Aktionsprogramme erreicht?

II. Ergebnisse der Arbeit von Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie eingeleiteter Maßnahmen zum Schutz und zur Eindämmung des COVID-19-Virus

30. Hat die Landesregierung seit dem Jahr 2020 eigene Sachkunde zur Wirksamkeit des „Schutzes vor Virenübertragung“ der Masken erworben, oder wurde sich ausschließlich auf Erkenntnisse des RKI oder des BMG bezogen?
31. Durch welche Maßnahmen der Landesregierung wurde die Wirksamkeit der Maskenpflicht in speziellen Einrichtungen periodisch evaluiert (bitte für die Jahre 2020 bis 2023 mit Datum der Maßnahme und Teilnehmerkreis konkretisieren)?
32. Welche Sachkundeberichte nutzte die Landesregierung zur Einschätzung der Wirksamkeit von Masken sowie zur gesundheitlichen Unbedenklichkeit bei längerer Tragezeit, z. B. in Schulen (bitte Sachkundeberichte sowie Verfasser dieser Berichte konkret aufführen)?
33. Hat die Landesregierung Untersuchungen veranlasst, inwieweit die Maskentragepflicht in Schulen zu Atemproblemen bei den Kindern führte und inwieweit das den Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen - auch langwirkend - verschlechterte (u. a. infolge von CO₂-Rückatmung beim Tragen von Masken)?
34. Wie schätzt die Landesregierung heute die durchgesetzte Maskenpflicht an Schulen hinsichtlich einer Risikoabwägung - Schutz vor Ansteckung mit COVID-19 und gesundheitliche Folgen des längeren Tragens von Masken - ein?
35. Wie hat sich die Anzahl der zur Verfügung stehenden Intensivbetten in den niedersächsischen Krankenhäusern während der COVID-19-Krise entwickelt (bitte aufschlüsseln nach Intensivbettenanzahl insgesamt, Intensivbettenanzahl mit der Möglichkeit der invasiven Beatmung, Zahl der Beatmungsgeräte im Krankenhaus und jeweils für die Jahre 2018 bis 2023 angeben)?
36. Worin sieht die Landesregierung die Ursache für die Veränderung der Zahl der Intensivbetten?

⁴ ebenda, S. 2033

⁵ ebenda, S. 2031

37. Welche Anstrengungen unternahm die Landesregierung, um entsprechend der Empfehlung des Sonderausschusses⁶ das Meldesystem für Intensivbetten zu optimieren, doppelte Meldewege zu vermeiden und bestehende Systeme (z. B. DIVI und IVENA) zu vernetzen?
38. Gab es klare Regelungen für die Verlegung von Patienten in Rehakliniken, Senioren- und Pflegeheime sowie Hospize?
39. Wie wurden Erkenntnisse der Landesregierung in die Aktualisierung von Krisen- bzw. Pandemieplänen, insbesondere zur kurzfristigen Schaffung von Isolationsmöglichkeiten und zur Erhöhung von Intensivkapazitäten, im ÖGD, in den Kommunen etc. einbezogen⁷?
40. Wie schätzt die Landesregierung die Wirksamkeit ihrer Arbeit bezüglich der Fragen 37 bis 39 ein?
41. Welche Kontrollmechanismen wurden gegebenenfalls geschaffen, um die Umsetzung der sich aus Frage 37 bis 39 ergebenden Aufgaben einschätzen zu können?
42. Auf Seite 19 des Berichts des Sonderausschusses wird folgende Empfehlung an staatliche Stellen gegeben: „Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel müssen als Notfallreserve zentral vorgehalten werden, um Knappheitsereignissen vorzubeugen.“ Welche Regelungen zur Finanzierung, Beschaffung und Bevorratung von persönlicher Schutzausrüstung, Medikamenten und weiteren Materialien für pandemische Lagen wurden durch die Landesregierung geschaffen?
43. Welche Maßnahmen wurden durch die Landesregierung ergriffen, um insbesondere in Senioren- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern die Bevorratung u. a. mit Masken und Desinfektionsmitteln bei Pandemielagen im notwendigen Umfang zu gewährleisten?
44. In seinem Bericht vom 10. Januar 2022 empfiehlt der Sonderausschuss⁸: „Bei Um- und Neubauten von Krankenhäusern sollte, um für künftige Pandemien besser gerüstet zu sein, verstärkt auf die benötigten Raumkapazitäten (mit der Möglichkeit einer Isolierung und Trennung von Patientinnen und Patienten, insbesondere im Intensivbereich) und Be-/Entlüftungssysteme geachtet werden. Die bisher unzureichende Investitionskostenfinanzierung muss erhöht werden.“ Welche Überlegungen gibt es seitens der Landesregierung, entsprechend dieser Empfehlung die Investitionskostenfinanzierung in den kommenden Haushalten zu erhöhen, bzw. gibt es bereits konkrete Beschlüsse? Wenn ja, welche?
45. Im Bericht des Sonderausschusses wird weiter ausgeführt⁹: „Die Schaffung eines Meldesystems für die Anzahl der vorhandenen und freien Intensivbetten während der Corona-Pandemie diene der besseren Patientensteuerung. Insoweit ist jedoch zu konstatieren, dass parallel mehrere verschiedene Meldeplattformen etabliert wurden, u. a. das DIVI-Intensivregister und - für das Land Niedersachsen - das System IVENA. Solche doppelten Meldewege bedeuten zusätzlichen organisatorischen Aufwand und binden damit Ressourcen; sie sind daher unbedingt zu vermeiden.“ Stimmt die Landesregierung dieser Schlussfolgerung zu, und was wurde gegebenenfalls unternommen, um diesen Zustand zu ändern?
46. Wurden dabei Überlegungen bezüglich einer stärkeren finanziellen Berücksichtigung von Reservekapazitäten für eine „Vorhalte- und Digitalisierungsfinanzierung“¹⁰ bedacht und ausgebaut?
47. Welche konkreten Maßnahmen wurden gegebenenfalls auf den Weg gebracht, und welche Maßnahmen sind gegebenenfalls geplant?
48. Im Bericht heißt es weiter: „Das Ausmaß der nicht stattgefundenen ambulanten präventiven Behandlungen, vor allem der Heilbehandlungen und Therapien bei Schwersterkrankten und deren Auswirkungen, müssen evaluiert werden. Ebenso muss bei einer erneuten Pandemie die

⁶ Drucksache 18/10525, S. 18

⁷ ebenda, S. 19

⁸ ebenda, S. 18

⁹ ebenda, S. 16

¹⁰ vgl. ebenda, S. 18

Durchführung präventiver und lebenserhaltender Maßnahmen sichergestellt sein.“¹¹ Wie viele ambulante präventive Behandlungen, insbesondere Heilbehandlungen, wurden wegen Corona verschoben (bitte einzeln für die Jahre 2020 bis 2023 angeben)?

49. Wie viele Therapien bei Schwerstkranken wurden in dieser Zeit verschoben (bitte einzeln für die Jahre 2020 bis 2023 angeben)?
50. Wie viele geplante Operationen wurden in den Jahren 2020 bis 2023 verschoben (bitte für jedes Jahr angeben)?
51. Ist der Landesregierung bekannt, in wie vielen Fällen die Verschiebung von ambulanten und stationären Behandlungen zu schwerwiegenden Folgen für den weiteren Krankheitsverlauf führte (falls ja, bitte die jeweilige Anzahl für die Jahre 2020 bis 2024 aufzuführen)?
52. Erhielten ungeimpfte Schwangere eine Vorsorgeuntersuchung? Falls nein, auf welcher gesetzlichen Grundlage/Verordnung basierte dies?
53. Welche Maßnahmen unternahm die Landesregierung entsprechend den Vorschlägen der Sonderkommission zur Evaluierung o. g. Aussage (siehe Frage 48)?
54. Wie will die Landesregierung gegebenenfalls dazu beitragen, der Empfehlung der Sonderkommission zu entsprechen und bei einer erneuten Pandemie die Durchführung präventiver und lebenserhaltender Maßnahmen (siehe Frage 48) sicherzustellen?
55. Wie hoch ist die Anzahl der durchgeführten Obduktionen im Zusammenhang mit COVID-19 (bitte jeweils für die Jahre 2020 bis 2023 aufgeschlüsselt aufzuführen)?
56. Wie hoch ist die Anzahl der mutmaßlich an Corona verstorbenen Obduzierten (bitte jeweils für die Jahre 2020 bis 2023 aufgeschlüsselt aufzuführen)?
57. Gibt es vonseiten der Landesregierung Untersuchungen im Hinblick auf die psychischen Belastungen und etwaigen psychischen Folgeschäden durch Corona-Maßnahmen? Falls ja, welche Ergebnisse wurden ermittelt, und welche Maßnahmen wurden gegebenenfalls ergriffen?
58. Auf Seite 17 des Berichts des Sonderausschusses wird empfohlen: „Zur Vorbereitung auf künftige Pandemien gilt es, Konzepte und Strategien für ein schnelles ‚Hochfahren‘ von Testkapazitäten zu entwickeln, einschließlich der dazugehörigen Zuständigkeitsregelungen. Des Weiteren ist das Kontaktverfolgungsmanagement zu optimieren, sodass frühzeitig alle Kommunen eingebunden bzw. die erforderlichen elektronischen Schnittstellen lückenlos geschaffen sind.“ Welche Maßnahmen unternahm die Landesregierung bezüglich dieser Empfehlung, um das Kontaktverfolgungsmanagement zu optimieren?
59. Welche konkreten Ergebnisse wurden dabei erreicht?
60. Welche Überlegungen gibt es vonseiten der Landesregierung, bei Pandemielagen Warn-Apps wie die Corona-Warn-App (CWA) oder die Luca-App wieder zu aktivieren? Welche Anstrengungen werden gegebenenfalls unternommen, um solche Warn-Apps weiterzuentwickeln?
61. Auf Seite 19 des Berichts des Sonderausschusses wird folgende Empfehlung an staatliche Stellen gegeben: „Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel müssen als Notfallreserve zentral vorgehalten werden, um Knappheitsereignissen vorzubeugen.“ Welche Maßnahmen unternahm die Landesregierung gegebenenfalls bisher, um Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel als Notfallreserve zentral vorzuhalten?

III. Auswirkungen der Corona-Krise auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen

62. Wie viele Kinder und Jugendliche wurden bisher gegen COVID-19 geimpft (bitte untergliedern in Erst-, Zweit- und Booster-Impfung)?

¹¹ ebenda, S. 16

63. Bei wie vielen Kindern und Jugendlichen traten nach der COVID-Impfung Nebenwirkungen auf, und wie viele davon führten zur Hospitalisierung (bitte getrennt nach Jahren 2020 bis heute und aufgeschlüsselt nach Nebenwirkungen und Hospitalisierung angeben)?
64. Wie entwickelte sich in den Jahren 2018 bis 2023 die Anzahl der betreibbaren Kinderintensivbetten (bitte jeweils für die Jahre 2018 bis 2023 angeben)?
65. Anhand welcher Studien, Daten und Untersuchungen nahm die Landesregierung eine Evaluierung negativer Auswirkungen der Corona-Maßnahmen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, vor, und welche Erkenntnisse wurden gewonnen (bitte nach Thema der Studien/Untersuchungen, Autoren und Datum sowie Ergebnissen aufschlüsseln)?
66. Wie hoch war die Auslastung der Frauenhäuser in den Jahren 2018 bis 2023 (bitte für die Jahre 2018 bis 2023 aufschlüsseln)?
67. Wie hoch war der Anteil ungeimpfter Bewohner in den Frauenhäusern in den Jahren 2020 bis 2023 (bitte nach Frauen und Kindern für die Jahre 2020 bis 2023 aufschlüsseln)?
68. Wurde durch die Landesregierung die von der TU München und vom RWI veröffentlichte Studie zur häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kinder während der Corona-Pandemie¹² unter Berücksichtigung der konkreten Lage in Niedersachsen ausgewertet, und welche Maßnahmen wurden gegebenenfalls abgeleitet (bitte aufschlüsseln nach Datum, Thema der Maßnahme, Teilnehmerkreis und Ergebnis)?
69. Wie schätzt die Landesregierung die Entwicklung der Gewalt gegen Frauen und Kinder in Niedersachsen in den Jahren 2018 bis 2023 ein (bitte die konkrete Entwicklung der Fallzahlen zu körperlicher Gewalt jeweils gegenüber Frauen und Kindern getrennt aufführen und jeweils für die Jahre 2018 bis 2023 darstellen)?
70. Welche Rolle spielte die soziale und finanzielle Lage der Betroffenen?
71. Welche zusätzlichen Hilfsangebote zur Verhinderung bzw. zur Verringerung der Auswirkungen häuslicher Gewalt wurden gegebenenfalls zur Verfügung gestellt, und zu welchem Anteil wurden die zusätzlichen Hilfsangebote genutzt (zusätzliche Hilfsangebote bitte konkret aufführen)?
72. Gibt es Untersuchungen der Landesregierung bezüglich der Überlastung der Jugendämter in den Jahren 2020 bis 2023 und eventueller Spätfolgen bis in die Gegenwart (wenn ja, bitte aufschlüsseln nach Datum und Thema)?
73. Wie viele Kinder und Jugendliche wurden mit der Begründung „Gesundheitsgefährdung“ bei Impf- und Maskenverweigerung in der Corona-Zeit aus ihren Familien herausgenommen (bitte nach Geschlecht, Alter und Nationalität für die Jahre 2020 bis 2023 aufschlüsseln)?
74. Wie hoch war dabei der Anteil von „Maskenverweigerern“?
75. Wie viele Kinder und Jugendliche wurden in den Jahren 2018 bis 2023 durch Jugendämter betreut (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
76. Welche Schlussfolgerungen wurden aus diesen Fallzahlen (Fragen 73 bis 75) gezogen, insbesondere im Hinblick auf zukünftige Pandemielagen?
77. Was hat die Landesregierung gegebenenfalls bisher unternommen, um entsprechend einer Empfehlung der o. g. Sonderkommission¹³ für Kinder und Jugendliche einen erleichterten Zugang „zu Beratungsangeboten in Hilfesituationen jedweder Art (...), insbesondere zu Erstberatungen (z. B. über Telefonleitungen, die nicht bei der Polizei enden)“ zu schaffen?
78. Wie viele Unterrichtsstunden sind während der Corona-Krise ausgefallen, und wie viele Stunden konnten online angeboten werden (bitte aufschlüsseln für die Jahre 2020 bis 2023)?

¹² siehe: <https://igfh.de>

¹³ Drucksache 18/10525, S. 13

79. Welche Zusammenhänge sieht die Landesregierung zwischen den Ergebnissen der letzten Pisa-Studie und der Corona-Krise?
80. Wie hat sich die Anzahl der psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen entwickelt (bitte aufschlüsseln für die Jahre 2018 bis 2023)?
81. Im Zusammenhang mit dem Schutz vulnerabler Gruppen, wie insbesondere Bewohnern von Senioren- und Pflegeheimen, Hospizen sowie Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, verweist der Bericht des Sonderausschusses auf die Notwendigkeit besonderer Schutzvorkehrungen für diese Personen bei gleichzeitiger Vermeidung ihrer sozialen Isolation: „Für die Zukunft sollten die Erfahrungen aus den Lockdown-Maßnahmen systematisch erhoben und wissenschaftlich ausgewertet werden, um evidenzbasierte Handlungskonzepte insbesondere zwecks Verringerung bzw. Abmilderung der schädlichen Auswirkungen zu entwickeln.“¹⁴ In welcher Art und Weise wurden o. g. Erfahrungen systematisch erhoben und wissenschaftlich ausgewertet?
82. Welche evidenzbasierten Handlungskonzepte wurden dazu bisher gegebenenfalls erarbeitet?
83. Welchen Organisationen/Einrichtungen wurden diese Konzepte bisher gegebenenfalls zur Verfügung gestellt?
84. Hat die Landesregierung eine Übersicht darüber, wie viele Menschen in Krankenhäusern und Altenheimen einsam (ohne Begleitung von Angehörigen) verstorben sind, und wie schätzt die Landesregierung die Kontaktbeschränkungen ethisch und in ihrer Wirksamkeit heute ein?
85. Hat die Landesregierung Kenntnisse darüber, wie hoch der Anteil der Jugendlichen und Kinder ist, die aufgrund der Corona-Krise und aufgrund von Ängsten, die diese erzeugt hat, psychisch und physisch erkrankt sind (bitte für die Jahre 2020 bis 2023 angeben)?
86. Gab es Anordnungen von Behörden an Beamte bezüglich des Schutzes vor einer Ansteckung mit COVID-19 innerhalb der Behörde und untereinander, die über die normalen Verordnungen der Landesregierung hinausgingen (bitte alle Verordnungen mit Nummer, Datum sowie Dienststelle angeben)?
87. Gab es vonseiten der Landesregierung oder eines ihrer Ministerien im Hinblick auf Beamte Empfehlungen zur COVID-19-Impfung, die über die allgemeine Verordnung hinausgingen, insbesondere für die Polizei und den Feuerwehrtechnischen Dienst? Falls ja, wann und durch wen wurden diese Empfehlungen gegeben?
88. Wie hoch war die COVID-19-Impfquote bei Beamten (bitte insgesamt angeben und aufschlüsseln nach Polizei, Feuerwehrtechnischer Dienst, [verbeamtete] Lehrer sowie nach Erst-, Zweit- und Booster-Impfung)?
89. Wurde hinsichtlich der Frage 88 eine Statistik zu aufgetretenen Impfnebenwirkungen geführt? Falls ja, wie viele und welche Impfnebenwirkungen wurden erfasst?

IV. Impfungen und ihr Einfluss auf die Ausbreitung von Corona

90. Auf der Grundlage welcher Dokumente/Analysen/Empfehlungen wurden durch die Landesregierung Impfeempfehlungen gegeben (bitte Dokumente/Analysen/Empfehlungen und die jeweiligen Autoren konkret angeben)?
91. Wie viele Long-COVID-Fälle gibt es bisher in Niedersachsen?
92. Wie viele Personen mit Long-COVID waren geimpft (bitte aufführen, wie viele Personen davon einmal, zweimal, dreimal und öfter gegen COVID-19 geimpft waren)?
93. Wie steht die Landesregierung und insbesondere Ministerpräsident Weil heute zu ihrer bzw. seiner in der Regierungserklärung vor dem Niedersächsischen Landtag am 14. September

¹⁴ ebenda, S. 9

2021 getätigten Aussage: „Geimpfte Menschen sind selbst hochgradig geschützt, aber sie sind auch kein nennenswertes Infektionsrisiko für ihr Umfeld mehr“?

V. Finanzielle Überbrückungshilfen/Wirtschaft

94. Wie viele Anträge auf Soforthilfe wurden während des Pandemiezeitraumes gestellt?
95. Wie hoch war die Summe der ausgezahlten Soforthilfen?
96. Wie viele Anträge auf Soforthilfe wurden abgelehnt, und wie wurden die Ablehnungen begründet?
97. Wie viele der genehmigten Soforthilfen müssen zurückgezahlt werden?
98. Wie viele Widersprüche gab es gegen die Aufforderungen zur Zurückzahlung der Soforthilfen?
99. Wie viele dieser Widersprüche wurden bereits beschieden?
100. Wie viele Widersprüche waren erfolglos?
101. Welche Gründe führten zur Ablehnung der Widersprüche?
102. Laut Bericht des Sonderausschusses¹⁵ haben sich die gezahlten finanziellen Überbrückungshilfen als stabilisierend erwiesen, um größere wirtschaftliche Schäden zu verhindern. Entsprechend der Empfehlung sollten diese hinsichtlich Empfängerkreis, Auszahlungsvoraussetzungen, Antragstellung und Auszahlungsmodalitäten evaluiert werden. Fand eine systematische Analyse dieser Kriterien statt, und welche Schlussfolgerungen wurden daraus gegebenenfalls gezogen?
103. Welche konkreten Konsequenzen wurden gegebenenfalls hinsichtlich zukünftig erforderlicher Sicherheitsvorkehrungen gegenüber betrügerischem Handeln gezogen?
104. Wie sollen diese Konsequenzen/Schlussfolgerungen zukünftig in der Praxis umgesetzt werden?
105. Wie nahm und nimmt die Landesregierung gegebenenfalls darauf Einfluss, dass Unternehmen, Betriebe und Institutionen im Rahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes vorausschauende Handlungsanweisungen, Leitfäden und Gefährdungsanalysen vorhalten, um im Falle einer zukünftigen Pandemielage schnell handlungsfähig zu sein?
106. Gibt es zur Durchsetzung etwaiger Forderungen seitens der Landesregierung konkrete Anweisungen o. Ä.? Falls ja, welche (bitte konkret auführen)?

VI. Zusammenarbeit mit und Einflussnahme auf die Arbeit der Gesundheitsbehörden

107. In dem Bericht des Sonderausschusses wurde ausgeführt: „Die Kontaktnachverfolgung in den Gesundheitsämtern wurde durch das Programm SORMAS, mehr Personal und die wissenschaftliche Auswertung wesentlich verbessert.“¹⁶ Wie viel Personal wurde in den Gesundheitsämtern zusätzlich eingestellt?
108. Laut o. g. Bericht ist der Personalmangel im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) auch darauf zurückzuführen, dass im ÖGD angestellte Ärzte wesentlich geringer entlohnt werden als Ärzte beispielsweise in Krankenhäusern.¹⁷ Welche Möglichkeiten erkennt die Landesregierung gegebenenfalls, um diesen Zustand - trotz Tarifbindung - zu verbessern?

¹⁵ ebenda, S. 21

¹⁶ ebenda, S. 8

¹⁷ ebenda, S. 15

109. Welchen konkreten Einfluss nahm die Landesregierung gegebenenfalls bisher darauf, entsprechend der Empfehlung des Sonderausschusses¹⁸ die Arbeits- und Einkommensstruktur des Krankenhaus- und Pflegepersonals zu verbessern und den Personalschlüssel des Pflegefachpersonals zu erhöhen, um die hohe Arbeitsbelastung zu senken?
110. „Die rasche und effektive Reaktion auf künftige Pandemien erfordert, neben einer offenen und selbstkritischen Aufarbeitung des aktuellen Infektionsgeschehens, ein gleichermaßen reaktionsfähiges wie resilientes Wissenschafts- und Forschungssystem, das in kürzester Zeit erhebliche personelle und infrastrukturelle Kapazitäten auf die neue Herausforderung ausrichten kann. Essenziell ist hierfür insbesondere eine belastbare Dateninfrastruktur und -vernetzung zwischen Gesundheits- und Wissenschaftssystem. (...) Eine wichtige Konsequenz aus der aktuellen Pandemie ist die Notwendigkeit näherer Analyse, inwieweit die datenschutzrechtlichen Grundlagen ausreichen, um einen effektiven Informationsaustausch unter den bedeutsamen Akteuren (ÖGD, LGA, RKI, Hochschulen, Ministerien, Landkreise usw.) zu ermöglichen.“¹⁹ Wie schätzt die Landesregierung unter den gegenwärtigen Bedingungen die Belastbarkeit der Dateninfrastruktur und -vernetzung zwischen Gesundheits- und Wissenschaftssystem ein?
111. Wurde durch die Landesregierung in Auswertung des Berichts des Sonderausschusses analysiert, ob die datenschutzrechtlichen Grundlagen ausreichen, um einen sicheren Datenaustausch zwischen den o. g. Akteuren zu gewährleisten? Welche Schlussfolgerungen wurden gezogen, und welche Maßnahmen wurden gegebenenfalls eingeleitet (bitte konkret auflisten)?
112. Welche Anstrengungen wurden bisher gegebenenfalls unternommen, um zwischen o. g. Akteuren den Informationsaustausch weiter zu optimieren und sie mit datensicherer und eine notwendige Schnittstellenkompatibilität beachtender IT auszustatten?
113. Welche Anstrengungen unternahm die Landesregierung bisher zur Umsetzung des zwischen Bund und Ländern geschlossenen „Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“, insbesondere hinsichtlich der Durchführung von notwendigen Modernisierungsmaßnahmen und der strukturellen Weiterentwicklung des ÖGD?

VII. Juristische Fragen im Zusammenhang mit der Corona-Krise und deren Aufarbeitung

114. Wie viele Klagen gab es in Niedersachsen vor Verwaltungsgerichten gegen erlassene Corona-Maßnahmen, und wie wurde durch die Gerichte jeweils entschieden (bitte jeweils auflisten mit Streitgegenstand und Entscheidung)?
115. Wie viele Strafanzeigen wurden gegen Polizeibeamte in den Jahren 2020 bis 2023 gemäß § 340 StGB (Körperverletzung im Amt) im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Corona-Maßnahmen und dem Polizeieinsatz bei Corona-Demonstrationen, Montagsdemos u. Ä. gestellt, und wie viele Strafverfahren wurden eingeleitet (bitte nach Jahren, Anzahl von Strafanzeigen und eingeleiteten Strafverfahren sowie Ausgang des Verfahrens auflisten)?
116. In der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung in der Drucksache 19/4902 wird - Bezug nehmend auf die „Querdenker-Szene und ähnliche Gruppierungen“ und den Verfassungsschutzbericht 2020 - aus der Presseinformation des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 3. Juni 2021 wie folgt zitiert: „Die von uns beobachteten Personen und Gruppierungen akzeptieren keine demokratischen Regulierungsmechanismen und erkennen faktenbasierte Entscheidungsprozesse nicht an.“ Wie schätzt die Landesregierung heute diese Aussage - insbesondere im Hinblick auf die „faktenbasierten Entscheidungsprozesse“ unter Berücksichtigung der veröffentlichten RKI-Protokolle - ein?
117. Erachtet die Landesregierung die wegen Verstößen gegen die Corona-Maßnahmen erlassenen Ordnungsgelder generell nach heutigem Kenntnisstand als gerechtfertigt? Falls ja, warum?

¹⁸ ebenda, S. 18

¹⁹ ebenda, S. 9 f.

118. Wird sich die Landesregierung auf der Grundlage aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse im Interesse einer gesellschaftlichen Versöhnung für eine Generalamnestie aller wegen Corona-Verstößen verurteilten Personen einsetzen?
119. Welche konkreten Corona-Maßnahmen sieht die Landesregierung mit heutigem Wissensstand als nicht mehr gerechtfertigt an?

Jens-Christoph Brockmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 20.01.2025)